

Volks-Zeitung

Renners Klagen in Paris.

60 Prozent Kindersterblichkeit. — 3 Kilogramm Kohlen-Wochenmenge. — Die Plünderungen in Innsbruck.

Paris, 11. Dezember. (M. Z. B.)

Staatskanzler Dr. Renner ist mit seiner Begleitung heute mit dem Orientexpress in Paris eingetroffen. Gleich bei seiner Ankunft schiederte er einen Vertreter des 'Temps' die Notlage Deutsch-Oesterreichs und Wiens in besonderen. Er hätte niemals geglaubt, daß das menschliche Elend von Tag zu Tag in dieser Weise steigen könne. Die kleine deutsch-österreichische Republik verlange nur die Möglichkeit zu leben. Sie habe keinen anderen Ehrgeiz, als durch ihre Arbeit ihr tägliches Brot zu gewinnen. Es handle sich jetzt nicht mehr um politische Entschlüsse, sondern um solche der Menschlichkeit. Man müsse bedenken, daß die Kindersterblichkeit in Wien 60 Prozent erreicht habe. Man wisse dort nicht mehr, was es heiße, eine Wohnung zu haben. Die Kohlenwochenmenge für eine Familie sei auf drei Kilo gesunken, und um diese zu erhalten, müsse man Stundenlang auf der Straße stehen. Auch im Elend dürfe eine Grenze nicht überschritten werden, weil dahinter der Tod liege. Sollte ein ganzes Volk buchstäblich zugrunde gehen? Man spreche von der bolschewistischen Gefahr, aber könne man der verzweifelten Revolte der Menschen, die keine andere Triebfeder als den Hunger hätte, noch eine politische Bezeichnung geben? In Innsbruck habe die ausgehungerte Volksmenge geklopft, wer könne ihnen, was sich morgen ereigne? Renner sagte: 'Wir wollen keine Bettler sein, wir wollen unsere Fähigkeit zur Arbeit wiedergewinnen. Wir wollen auferstehen, so lange es noch etwas wideranzubauen gibt.'

Hilfe für Deutsch-Oesterreich.

Italien allen voran.

Wien, 11. Dezember. (Gabels.)

Ein erster Sonderzug wird demnächst bedürftige Wiener Kinder zum Aufenthalt nach Italien bringen. Die Initiative zu diesem Hilfswerk wurde von Gemeinderäten von Mailand, Bologna, Reggio di Emilia und Alessandria ergriffen und fand bei der italienischen Regierung gütliche Aufnahme.

Amsterdam, 12. Dezember. (M. Z. B.)

'Times' melden aus New-York: 'New York Sun' bringt in einem Artikel, der großes Aufsehen erregt, auf Unterstützung Oesterreichs. Dies ist um so bemerkenswerter, als 'New York Sun' das Hauptorgan der Republikaner ist, die eine heftige Feindschaft gegen den Kaiser und die Nebenbuhler unermüdlicher Verpöhlungen in Europa geführt haben. Das Blatt erklärt, Amerika könne in den europäischen Fragen nicht beiseite stehen.

In Beantwortung einer Frage Renner's im englischen Unterhaus ob dem Winterbesatz in Wien und anderen Städten Oesterreichs Mangel an den hauptsächlichsten Lebensbedürfnissen herrsche, erwiderte Bonar Law, er sehe den Ernst der Lage vollkommen ein. So viel er wisse, habe Amerika keine Kohlen gesandt. Aber im Hinblick auf die Lage tue die britische Regierung alles, was in ihrer Macht liege, um die Kohlenlieferung aus der Tschekoslawakei nach Oesterreich zu beschleunigen.

Wien, 11. Dezember. (M. Z. B.)

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Landtages sprach Landeshauptmann Gauer im Namen des oberösterreichischen Landtages dem deutschen Bundesrat die herzlichsten Dank für die Hilfe in letzter Zeit aus. 'Unser Volk', erklärte der Landeshauptmann, 'ist ein Volk von Märgern geworden, das wohl bisher nur schöne Worte, aber nicht Geld von der Güte wahre Hilfe gefunden hat. Nur unter deutsches Bundesrat hat uns in der größten Not keine Hilfe ohne gegeben. Es darf sich daher niemand wundern, wenn sich unser Volk und unser ganzes Schicksal immer wieder auf unser Bundesrat richten, das allein in der Lage ist, uns aus unserer Elend zu befreien.'

Lebensmittelunruhen in Steyr.

Mißhandlung von Bauern.

Wien, 11. Dezember. (M. Z. B.)

Die Steyrer Wälder werden, fast es heute vormittag in Steyr folgende der Lebensmittel- und Ausbelegungen der Arbeiterklasse vor der Bezirkshauptmannschaft und dem Richter. Auf dem Stadtplatz sammelten sich einige Tausend Menschen an. Einige Bauern wurden auf dem Wochenmarkt mißhandelt und verprügelt. Gegenwärtig herrscht in der Stadt Mißverhältnis.

Clemenceau in London.

Uebereinstimmung mit Lloyd George.

Paris, 11. Dezember.

Das 'Agence Havas' haben Clemenceau und Lloyd George festgestellt, daß zwischen ihnen volles Einverständnis über die Inzustraktion des Friedensvertrages herrsche. Sie prüften auch andere französische und englische interessierende Fragen, über die sie in einem völlig beiseite liegenden Gespräch geklärt. Heute werden die andere Fragen von allgemeinem Interesse für Frankreich, England und Italien berührt, an deren Besprechung auch der gegenwärtig in London weilende italienische Minister des Aeußeren teilnehmen wird.

Das russische Problem.

Noch keine Friedensmöglichkeit?

London, 11. Dezember. (Reuters.)

Unterhaus: Bonar Law teilte mit, daß das russische Problem sich unter den Fragen befinden werde, die zwischen Lloyd George, Clemenceau und dem italienischen Minister des Aeußeren besprochen werden. Renner's Frage, ob dem Hause nach den Verhandlungen eine Mitteilung gegeben werde, Bonar Law erwiderte, es könne schwerlich erwartet werden, daß es bei diesem Versuch zu irgendeinem bestimmten oder endgültigen Beschluß kommt.

Kopenhagen, 11. Dezember.

Der Abgeordnete der russischen Sozialdemokratie hat dem hiesigen Reuters-Büreau erklärt: Wir haben den Vertretern der alliierten Mächte in Kopenhagen und anderen Orten Abschrift einer Entschliessung mit einem Begleitschreiben überreicht, das ihnen namens der Regierung mitteilt, daß die Entschliessung als reelles Friedensangebot angesehen werden solle, und daß der Abgesandte ermächtigt ist, Verhandlungen über Zeit und Ort der vorgeschlagenen Zusammenkunft einzuleiten.

Der belgische Bergarbeiterstreik.

Uersöhnung der Lage.

Charleroi, 11. Dezember. (Gabels.)

Der Ausbruch der Bergleute im Becken von Charleroi hat heute morgen einen größeren Umfang angenommen.

Die amerikanische Präsenzflottenabteilung. Der Sonderkommandant des 'Admiral' in Washington hält den General Leonard Wood für einen aussichtsreichen Wahlkandidaten. Er sei ein in immer treuer Freund Roosevelt's gewesen, und habe gute Willen für sein Kommando in der amerikanischen Armee in Europa gegeben, was scharfen Widerspruch hervorgerufen habe. Wood könne auf die Unterstützung von Roosevelt's Partei rechnen.

Amerika und Mexiko. Aus Washington wird berichtet, daß die unklare und unvollständige Haltung Wilson's Mexiko gegenüber der allgemeinen Stimmung in Amerika entspricht. Eine militärische Intervention in Mexiko würde nur in den 'Präzedenz' Staaten nicht anerkannt werden.

gesehen werden. Insbesondere sind die Gewerkschaften sehr gegen, da nach ihrer Ansicht ein solcher Krieg nur die Interessen des Kapitalismus fördern würde. Auch die New-Yorker Handelskreise sind gegen ein Einschreiten gegen Mexiko.

Die Demoralisierung der Wallensteiner.

Plünderung von Güterwagen.

Hamburg, 12. Dezember. (Privat.)

Auf dem Bahnhof Buchholz, Knotenpunkt der Linie nach Bremen, mußte ein mit Truppen aus dem Baltikum besetzter Zug nach Nachschubmitteln halten. Unterdeffen plünderten die Soldaten fünfzehn mit Stützpunkten beladene Wagen eines gegenüberliegenden Güterzuges unter Drohungen gegen die Eisenbahnenbeamten.

In dem hannoverschen Ort Fintel (Kreis Rotenburg), wo die Truppen einquartiert wurden, verfaulten sie Pferde und Ausrüstungsgegenstände aller Art. — Es soll verurteilt werden, die demoralisierten Truppen mit Hilfe von Gendarmerie zur Ordnung zu bringen.

Die preussische Schulkrisis.

Ueber die schwebenden Schulfragen in Preußen werden, wie die 'Germania' erfahren haben will, unter dem Vorhitz des Reichspräsidenten Ebert am heutigen Freitag Verhandlungen eingeleitet, um den Verhuf einer Verständigung über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten machen. Vom Zentrum sollen an diesen Verhandlungen die Abgeordneten Dr. Spahn, Dr. Forst, Herold und Dr. Lauffer teilnehmen.

Politische Nachrichten.

Major Wehn, der ehemalige Kommandeur der Berliner Sicherheitswehr, der wegen seiner verschiedenen Stellen unbenommen fortzuziehenden Geminnung von seinen Woten entfernt worden war, ist jetzt als Gehilfe des Sicherheitswehns nach Hamburg berufen worden. Dieser Erfolg des tüchtigen Offiziers ist aufrecht zu begrüßen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung beschließt sich heute mit dem Geleitverkehr über die Änderung des Paragrafen und genehmigt den Entwurf mit einer Änderung in Artikel 3, in welchen das Vordrängrecht Preußens bei Befestigung des Paragrafenums befestigt wurde.

Überhaufsanwalt Krause teilt mit Rücksicht auf die gestrigen Mitteilungen der Presse über das Strafverfahren gegen Heiserich wegen Beleidigung des Reichsfinanzministers mit, daß die Akten mit der Anlage bereits am 9. Dezember der Strafkommission zur Beschlußfassung über die Eröffnung des Strafverfahrens zugegangen sind. Die Hauptverhandlung dürfte voraussichtlich im Januar oder spätestens Anfang Februar stattfinden.

Für die Danziger Frühjahrsmesse 1920, die vom 18. bis 25. Februar stattfinden, liegen bisher nur tausend Anmeldebüchchen aus allen Industriezweigen, auch aus dem Auslande, vor. Die neu gegründete Danziger Aufrechter wird während der Messezeit Rund- und Postlagerliste ausführen und die Förderung von dringenden Postfragen übernehmen.

Nägel zum Sarge.

Die Inflationverwertung als Wirtschaftskatastrophe.

Zur Annahme des Dr. Waldheims Konsumtionsantrags im Inflationserlösaufschlag wird uns ge-schieden:

Die Presse spricht nicht gern von ihren eigenen Mitten. Aber hier droht eine Gefahr, deren Auswirkungen schwerer Schädigungen der ganzen Wirtschaft bedeutet. Die allgemeine Verzerrung hat die Zeitungen schon wiederholt genötigt, die Inflationenpreise herabzusetzen. Das ist nicht leichten Herzens geschehen, denn die Inflationenpreise sind heute schon für die Inflationen fast unerträglich hoch. Durch die Inflationen steigt sich nun gerade aus den am wenigsten bemittelten Volksschichten zusammen: aus Stellungen, die in der Wohnung zu erfinden und für sie ist heute schon ein Inflationen erfindunglich. Soll das noch schlimmer werden? Der andere Teil der Zeitungsindustrie dient der Reklame. Er ist ein Instrument des Warenmarktes, die Tribune, von der die Produzenten das Auge und Ohr der Konsumenten suchen. Solange wir die freie Wirtschaft haben — und die reelle Gemeinwirtschaft, die den Markt ganz ausschaltet, können ja nur die Inflationen fordern, die nicht wissen, daß ohne ein gutes Maß von Freiheit alle Produktionsfreude erlöbt würde — brauchen wir den Markt und brauchen auch die Reklame als die Brücke zwischen Produktion und Verbrauch. Man kann nicht fordern, aber man darf sie nicht das Lebensrecht beschneiden. Reklame ist ein unvermeidliche Bestandteil der Produktions- und Vertriebskosten. Nun weiß jedermann, daß die Inflationen und Parlamente und Regierungen predigen es unaufföhrlich, daß heute alles darauf ankommt, die Produktion zu steigern und die Unternehmungslust zu fördern. Gestimmt man aber darauf aus, die Reklame und die Inflationen noch mehr zu steigern, dann wirkt man ja gerade produktionsstörend.

Man braucht sich nur einmal in das Geschäft eines kleineren Unternehmers hineinzudenken, der nach der Seinerzeit aus dem Felde den Neudruck seiner Existenz begonnen hat. Um seinen Unternehmern Kunden zu werden, um sich ein Absatzgebiet zu erobern, um sich wieder in das Wirtschaftsleben einzufügen, ist die Reklame das allererste, was er braucht, sie ist gerade die Wurzel seiner Existenz. Wird die Reklame jetzt durch Steuermaßnahmen noch mehr verteuert, dann wird gerade den kleinen Existenzen der Wiederaufbau ihrer Geschäfte vollständig unmöglich gemacht, denn dann fröhnt die Reklame einen wichtigen Teil ihres Betriebskapitals reiflos aus. Es wird sich bald aus diesem Grunde niemand mehr selbstständig machen können, und so wirkt die Inflationenverwertung zuletzt als feindliche Maßnahme besonders gegen den Mittelstand, gegen den aufstrebenden Arbeiter- und Handwerker. Der Großbetrieb, der vielleicht mit größerem Betriebskapital rechnen und leichter Kredite finden kann, kommt möglicherweise über diese Schwierigkeiten leichter hinweg. Aber das Parlament, das eine Vertuierung der Inflationen beschließt, darf nicht glauben, daß es etwa eine volkswirtschaftlich politische Politik treibt. Seine Beschlüsse werden ganz bestimmt zu allererst die schwachen Existenzen erdrücken.

Selbstverständlich werden dann im weiteren Verlauf der Entwicklung auch die großen und größten Betriebe gleichmiesch schädigend getroffen werden. Man muß immer wieder darauf hinwirken, daß die Kosten für Reklame, Inflationen und Propaganda Wurzeln in der Produktion finden. Wer sie bis ins Unerträglichkeit steigert, schneidet eben die Wurzel ab. Mit der Inflationenverwertung kann man sich absöhnen, weil sie erst bei dem wirklich erzielten Absatz eintritt; eine besondere Inflationenverwertung aber wird tödlich, bevor überhaupt der Absatz gefunden ist. Und deshalb sind die neuen Steuerpläne gerade die Nägel, die noch zu dem Sarge unserer Wirtschaft schlagen.

Die Verfolgung der Kriegsverbrechen.

Die Vergehen im Auslande.

Ueber die gestrige öffentliche Sitzung des Reichsrates wird uns berichtet:

Es wurde ein Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen, namentlich auch solcher, die im Auslande begangen wurden, angenommen. Im Auslande, namentlich in den Orientländern, sind Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit solchen Strafmaßnahmen vorgehen werde. Die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige begangenen Verbrechen sind, namentlich auch im besetzten Auslande, diese Zweifel sind zwar unbegründet, es erziehen der Regierung aber aus politischen Gründen zweifelhaft, vor aller Welt klarzustellen, daß diese Zweifel unbegründet sind. Darum schlägt der Gesetzentwurf vor, alle diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, wegen aller dieser Taten strafrechtlich zu verfahren, auch wenn sie im Auslande begangen sind, während bisher nur dem deutschen Strafgesetzbuch für im Ausland begangene Straftaten kein Verfolgungsanspruch besteht.

Mit der Annahme dieses Gesetzentwurfes ist einer seit der Revolution von uns unablässig vertretenen Forderung nachgegeben worden. Die Verwirklichung, daß diese Maßnahme zu spät erfolgt sein könnte, erweitert sich hoffentlich als grundlos.

Golin (Paris) spricht in Berlin. Der Generalsekretär der Gruppen 'L' Europas wird nach seinen Vorträgen in Frankfurt und Darmstadt auch in Berlin sprechen, und zwar am Dienstag, 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im 'Deutsches Haus' über 'La jeune France internationaliste'. Die Rede wird überleitet durch Herr Schmidt.



